

September 1921.
0,80 M.
0,40-0,90 M.
0,60 M.
1,50 M.
1,00 M.
1,00 M.
0,70 M.
1,80 M.
28,- M.
14,00 M.
1,80 M.
7,00 M.

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Amelshain, Bensch, Borsdorf, Cicha, Erdmannshain, Fuhschhain, Groß- und Kleinfleiberg, Klinga, Köhna, Lützhain, Pomßen, Schmalitz, Uxerode etc.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3,-, 1/2 jährlich Mk. 9,-,
ohne Auslagen. Post einschl. der Postgebühren Mk. 9,75. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugs-
nehmer Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6spaltige Kopfszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg., 4spaltige
Zeile Mk. 1,50, Reklamszeile Mk. 1,50. Beleggebühren pro Hundert Mk. 2,-.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
größere noch früher. — Alle Anzeigen-Bewilligungen nehmen Aufsätze entgegen. —
Belegungen werden von den Ausdrückern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güng & Sule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 108

Sonntag, den 11. September 1921

32. Jahrgang

Amthliches.

Die nächste Mutterberatungsstunde findet Dienstag, den 13. d. M. vormittags 11 bis 2 1/2 Uhr nachmittags in der neuen Schule im Lehrerzimmer und Zimmer 4 statt.

Naunhof, am 9. September 1921. Der Bürgermeister.

Es ist wahrzunehmen gewesen, daß Masernkrankungsfälle von den Angehörigen nicht an der hiesigen Polizeistelle gemeldet werden. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß jeder Masernkrankungsfall im Kolbaus hier, immer 8, sofort von den Angehörigen des Erkrankten zu melden ist. Zuwiderhandlungen werden bestraft.

Naunhof, am 9. September 1921. Der Bürgermeister.

Sparkasse der Vereinsbank Naunhof in Naunhof.

Tägliche Verzinsung der Einlagen mit 4 1/2%.
Übertragungen durch unser Postcheckkonto Leipzig
No. 10783 spesenfrei. — Geschäftszeit 9-1 Uhr.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Aus Grund der Besprechungen mit den bayerischen Delegierten in Berlin rechnet man mit der bevorstehenden Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern.

* Die Bemühungen um eine Verbreiterung der preussischen Regierung durch Sozialdemokraten und Deutsche Volkspartei sind vorläufig gescheitert.

* Der Massenmörder Großmann in Berlin hat ein teilweise Geständnis abgelegt.

* Der Kongreß für Österreich fordert in einer Entschließung Amnestie und sofortige Heimführung für die noch zurückgebliebenen Kriegsgefangenen.

* Im Austrage der Wiener Regierung hat die österreichische Delegation in Genf in der Angelegenheit der Vorgänge im Burgenland an den Völkerbund appelliert.

* Aus dem Burgenland wird gemeldet, daß die österreichische Landesregierung für Befreiung der dortigen ungarischer Vandalen auf Mitterdorf und von dort nach Wiener Neustadt zurückzog.

* Der englische Gewerkschaftskongreß in Cardiff sprach die Absicht aus, bei den Washingtoner Abrüstungsberatungen gegen die Flottenpolitik Großbritanniens aufzutreten.

Nord und Süd.

Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen... sind diese Eingangsätze der deutschen Reichsverfassung wirklich auch zum Geleitwort der deutschen Politik geworden? Wenn man die Entwicklung der verschiedenen großen Fragen, die das innere Leben des deutschen Staatswesens bewegen, mit diesem von hohem Idealismus zeugenden Motto vergleicht, so könnte man fast in Versuchung kommen, sich sehr trüben Gedanken hinzugeben. Meinungsverschiedenheiten und Krisen überall, während und doch Einigkeit und produktive Arbeit über alles not tut. Es scheint wirklich ein Rationalfehler der Deutschen zu sein, daß sie selbst in den Zeiten, wo alle inneren Streitigkeiten das schon ohnehin mit schweren Stürmen kämpfende Staatsgeschiff allzu leicht zum Scheitern bringen könnten, sich trotzdem nicht auf die gemeinsamen vaterländischen Aufgaben besinnen und ihre Parteibedenken mitunter so sehr in den Vordergrund stellen, daß man glauben möchte, sie hätten der Liebe zum Vaterlande, die doch gerade uns Deutschen im Laufe einer langen Geschichte zu einem unentbehrlichen Lebensgute geworden ist, vergessen. In den Hauptstädten des Nordens und des Südens des deutschen Vaterlandes haben sich in diesen Tagen wieder politische Vorgänge abgepielt, die man nach dem üblichen Sprachgebrauch leicht als Krisen zu bezeichnen pflegt, die aber doch, wenn sie sich allzu oft wiederholen, in ihrer Gesamtwirkung schwere Hindernisse auf den mühsamen Weg zum Wiederaufstieg der Nation wälzen.

Der Streit um die Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern scheint sich jetzt, wenn nicht noch besondere Zwischenfälle eintreten, glücklicherweise einer Lösung zu nähern. In zweitägigen Beratungen zwischen der Reichsregierung und der aus München nach Berlin entsandten Abordnung ist man nach vielen Schwierigkeiten dazu gelangt, einen Kompromißvorschlag auszuarbeiten, zu dem die bayerische Regierung nunmehr Stellung zu nehmen hat. Die Münchener Delegierten sind mit diesem Vorschlage wieder nach ihrer Heimat abgereist, und man kann wohl annehmen, daß in den ersten Tagen der nächsten Woche eine direkte Verständigung zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung auf Grund der in Berlin geleisteten Vorarbeit erzielt wird. Die hauptsächlichsten Meinungsverschiedenheiten bestanden darin, daß die Reichsregierung auf Grund des ihr verfassungsmäßig zustehenden Rechtes entschlossen war, den Belagerungszustand, den sie in allen anderen Teilen des Reiches schon aufgehoben hat, auch in Bayern wieder für beendet zu er-

klären. Die bayerische Regierung war jedoch der Ansicht, daß ein solcher Schritt angesichts der in Bayern herrschenden besonderen Verhältnisse vielleicht von verhängnisvoller Wirkung sein könnte. Weiter fühlte sich die bayerische Regierung dadurch in ihren Hoheitsrechten beeinträchtigt, daß die Reichsregierung bei der Veröffentlichung des Erlasses vom 29. August nicht vorher mit den zuständigen Stellen in München wegen der Durchführung dieses Erlasses in Bayern Fühlung genommen hatte. Um nun zu vermeiden, daß es hierbei zu einer Kraftprobe zwischen den Regierungen in München und Berlin komme, die der Reichseinheit sicherlich die größte Gefahr bereitet hätte, sind diese jetzt in ihrem ersten Teile abgeschlossenen Kompromißverhandlungen geführt worden. Diesen Weg kann man nur begrüßen. Von amtlicher Seite wird vorläufig der Inhalt der in Berlin getroffenen Vereinbarungen geheim gehalten, um erst der bayerischen Regierung eine Stellungnahme dazu zu ermöglichen. Aus nicht amtlicher zuverlässiger Quelle verlautet jedoch, daß auf Grund dieses Kompromisses die bayerische Regierung sich voraussichtlich entschließen wird, der Aushebung des Belagerungszustandes keinen Widerstand mehr entgegenzusetzen, während sie andererseits dafür gewisse Garantien, daß sie Handhabung der neuen Verordnung in Bayern den Wünschen der Münchener Regierung künftig besser als bisher entsprechen wird, erhalten soll. Auch soll in Zukunft die Reichsregierung möglichst nicht ohne vorherige Fühlungnahme mit den Ländern vorgehen. Auf dieser Basis wird voraussichtlich die bayerische Krise binnen wenigen Tagen beigelegt sein. Dafür spricht auch der Umstand, daß alle Koalitionsparteien einschließlich der Mehrheitssozialdemokraten bei den Berliner Beratungen ihre Zustimmung zu diesem Auswege gegeben haben.

Am gleichen Tage, an dem in Berlin über die bayerische Frage verhandelt wurde, fanden in der Reichshauptstadt auch Besprechungen über eine Umgestaltung der preussischen Regierung statt, ein Problem, welches schon seit langem zu einer Lösung drängt. Bekanntlich ist in Preußen nach den Landtagswahlen und nach langen Verhandlungen nur eine Minderheitsregierung unter Beteiligung des Zentrums und der Demokraten zustande gekommen. Es versteht sich von selbst, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht haltbar ist. Während aber nun der preussische Ministerpräsident Stegerwald und mit ihm die große Mehrheit der bürgerlichen Parteien dafür eintritt, daß die preussische Regierung durch Hinzuziehung der Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei nach rechts und links gleichmäßig erweitert werden soll, wollen die Sozialdemokraten von dieser Zusammenarbeit nichts wissen, sondern wünschen vielmehr eine Koalition aus Mehrheitssozialdemokraten, Unabhängigen, Zentrum und Demokraten. Für diese Lösung aber sind die beiden bürgerlichen Parteien nicht zu haben. Der neue Versuch, die preussische Regierung umzugestalten, ist daher nach verhältnismäßig kurzen Beratungen restlos gescheitert, und man wird erst abwarten müssen, wie sich der binnen kurzem bevorstehende Parteitag der Sozialdemokraten zu der grundsätzlichen Frage der Zusammenarbeit mit der Volkspartei stellen wird, ehe man diesen Versuch einer Erweiterung der preussischen Regierungsbasis mit Aussicht auf besseren Erfolg wiederholen kann.

Erst wenn es gelingt, die leider bestehenden Befangenheiten Gegenüber auszugleichen, wird auch die Möglichkeit gegeben sein, die angesichts der immer bedrohlicher anwachsenden wirtschaftlichen Krisis so notwendige Zusammenfassung aller zum Wiederaufbau wirkenden Kräfte durchzuführen, und erst dann wird bei allen deutschen Stämmen im Norden wie im Süden die alte Reichsfriedlichkeit und das stolze Bewußtsein, ...ander eines gemeinsamen Vaterlandes zu sein, wieder ungetrübt herrschen können.

Ein Dollar = 104 Mark.

Paris, 9. Sept. Das fortgesetzte Sinken des Markkurses erzeugt hier Beunruhigung. Man fürchtet, daß in Deutschland das österreichische Verhältnis eintreten könnten, daß es nicht nur nichts wird zahlen können, sondern daß es noch wird unterstützt werden müssen.

Unsere arme Reichsmark wird immer weniger wert. Erinnern wir uns noch der Lage aus der Revolutionszeit, da in Klatschen an den Mauern an Ruhe und Ordnung gemahnt wurde, weil sonst die Mark auf zwanzig Pfennig fallen könnte! „Eine Mark gleich zwanzig Pfennig! Arbeiter, Bürger, wollt ihr das?“ Ach, wie lange ist es her, daß die deutsche Mark auf dem Weltmarkt noch zwanzig Pfennig wert war! Und was für ein Erfolg wäre es, wenn wir diesen trübseligen Stand wieder erreichten! Der amerikanische Dollar wurde vor dem Kriege mit rund vier Mark gerechnet (ein paar Pfennig darüber), in den letzten Tagen rechneten 95 Mark, 97 Mark, 104 Mark. Die deutsche Reichsmark, die vom Reichsanzeiger noch vor kurzem mit Groschenmark bezeichnet wurde, ist also im Auslande nicht einmal einen Sechser mehr wert. Die Besitzer von Papiergeld klüchten ihre Kapitalien weiter in Sachwerte. Die Aufträge auf Wertpapiergeschäfte haben sich bei den Banken berart gehäuft, daß in Berlin die Börse für einige Zeit geschlossen werden mußte. Daß in den Kreisen derer,

die sich jetzt mühselos an der Not des Volkes bereichern wollen, eine Ernüchterung eintritt, ist leider nicht anzunehmen. Egoismus ist die stärkste Grundlage des Geschäftsbetriebes, ganz davon abgesehen, daß man aus Patriotismus keine Goldmark prägen kann,“ sagte dieser Tage ein hervorragender Bankmann.

Allerdings ist es der deutschen Mark schon einmal schlechter gegangen. Stand heute der Dollar auf 104 Mark, so mögen Trostspender darauf hinweisen, daß er vor anderthalb Jahren schon die Zahl 108 erreichte! Das war am 27. Januar 1920, kurz vor dem Rapp-Bausch. Aber das war damals in einer besonders schweren Zeit, in der man namentlich im Auslande die deutschen Verhältnisse als noch sehr ungeklärt ansah. Und man muß, wenn man den augenblicklichen Dollarkurs richtig würdigen will, sich daran erinnern, daß er schon wenige Monate nach seinem Höchststande, nämlich am 25. Mai 1920, nur noch mit 35 Mark bezahlt worden ist. Von da bis jetzt ist er allerdings dann wieder in beinahe ununterbrochener Aufwärtsbewegung bis über 100 gestiegen. Es bedarf keiner besonderen Erörterung, was diese neuerliche scharfe Steigerung des Dollar bedeutet. Sie ist ja keine isolierte Erscheinung, sondern ihr geht die Steigerung sämtlicher Auslandsbevisen parallel. Sogar die österreichische Krone zeigt wieder eine ausgesprochen feste Tendenz. Es handelt sich mithin um eine weitere Entwertung der Mark auf der ganzen Linie. Gerade diese Gegenüberstellung zeigt, wie schwer es ist, dem Problem beizukommen. Die Politik allein kann es nicht sein. Österreich befindet sich nach wie vor in trauriger Lage, und die neuen Vorgänge im Burgenlande, dem österreichischen Oberschlesien, sind gewiß nicht geeignet, Vertrauen einzufloßen. Dagegen sollte eigentlich Deutschland im Auslande zurzeit günstiger bewertet werden. Die Entscheidung über Oberschlesien steht bevor, und wenn es nach Recht und Gerechtigkeit in der Welt ginge, wie die Schönredner von drüben immer versichern, wäre sie gewiß klar. In jedem Falle aber schwindet ein Moment der Ungewißheit, wenigstens auf einige Zeit. Zeit gewinnen ist ja heute alles. Außerdem haben wir erst vor kurzem eine Goldmilliarde an die Feinde abgeführt, wir haben gezeigt, daß es uns ernst ist, zu zahlen, wenn es auch noch so schwere Opfer kostet. Natürlich hängen mit dieser Zahlung allerlei Kieselgeschäfte zusammen, die auf die Börsenspekulation wirken, Masseneinkäufe fremder Devisen, und auf der andern Seite Gewinne, die nun angelegt werden müssen. Daß da die deutsche Mark sank, ist wohl verständlich, wenn auch der furchterliche Tiefstand nicht geklärt ist. Offenbar hat getwislenloses Spekulantentum haben und drüben aus der Sachlage noch mehr Gewinn zu ziehen gesucht, und es ist wohl der betrübendste Gedanke, den man haben kann, sich vorzustellen, wie weit es mit dem stolzen deutschen Volke gekommen ist, wenn ein paar elende Jobbesessenen seinen Wert bestimmen dürfen!

Wertwändig ist und möglicherweise ein wenig hoffnungsversprechend, daß die New Yorker Börse den Rückgang der Mark gar nicht so stark mitgemacht hat wie die deutschen Börsen. Es ist sogar zuletzt wieder eine kleine Aufwärtsbewegung eingetreten, so daß, wenn man die Notierungen umrechnet, der Dollar in New York auf 97 bis 98 Mark gestanden haben würde, als er in Berlin 104 Mark kostete. Ob daran anschließend doch endlich eine Besserbewertung der Mark einsehen wird, läßt sich zur Stunde noch nicht voraussagen.

Geringe Besserung der Mark.

Berlin, 9. Sept. Da aus dem Auslande ein etwas höherer Kurs der deutschen Mark als in Deutschland selbst gemeldet wurde, trat heute ein gewisser Rückschlag in der Spekulation auf den Niedergang der Mark ein. Eine beträchtliche Menge von Spekulanten schritten eifrig zum Verkauf der fremden Wertpapiere, die in den letzten Tagen so wahnsinnig verlangt wurden und dadurch die Mark nach unten warfen. Sämtliche fremden Devisen und Zahlungsmittel sanken, wobei auch die Gerüchte von einer neuen Kreditgewährung Amerikas an Deutschland eine Rolle spielten. Um 2 Uhr mittags wurde festgestellt, daß für den Dollar nur noch 94 1/2 bis 95 1/2 Mark geboten wurden. Ob die Abschwächung andauern wird, ist fraglich.

Günstiger Eindruck in München.

München, 9. September. Der Eindruck, der hier von den Berliner Verhandlungen mit der bayerischen Delegation herrscht, geht dahin, daß in den Berliner Verhandlungen zwar eine wesentliche Annäherung erzielt sei, daß aber die Lage trotzdem noch als ernst anzusehen ist. Auf Grund des Verhandlungsergebnisses ist jetzt der Robus zu finden, der die unparteiliche Durchführung der von der Reichsregierung erlassenen Ausnahmebestimmungen in Bayern sichert, ohne die Landesregierung von dem Vollzug auszuscheiden; ferner sind weiter von der bayerischen Regierung terminmäßige Garantien für den Abbau und in dessen Verfolg